

15. November 2016
Presseerklärung zum Forschungsreaktor Wannsee

Beschwerde gegen das BMUB an den Petitionsausschuss wegen unterlassenen Amtshandeln bezüglich des Atomreaktors BER II eingereicht!

Situation:

Das Anti-Atom-Bündnis Berlin Potsdam hat am 02.11.2016 wegen unterlassenen Amtshandeln von Behörden eine Beschwerde gegen das BMUB an den Petitionsausschuss eingereicht. Der Petitionsausschuss registrierte die Beschwerde unter dem Aktenzeichen **Pet 2-18-18-278-037365**.

Die Beschwerde wurde nach einem halbjährigen unbefriedigenden Briefwechsel mit dem BMUB zum Thema „Internationaler Terrorismus und die Sicherheit BER II und des Zwischenlagers Wannsee“ ausgelöst.

**Das BMUB scheint die Taktik des „Aussitzens“ zu verfolgen.
Jedoch darf das geplante Betriebsende des BERII kein Freibrief sein!**

Das BMUB setzt sich nicht dafür ein, dass ein aktuelles Gutachten zu den worst-case-Szenarien einer Kernschmelze am BER II erstellt wird, obwohl bekannt ist, dass die im Gutachten 2001 genutzten Freisetzungsggrade zu niedrig angenommen worden sind und heutigen internationalen Empfehlungen widersprechen sowie die im Gutachten 2001 genutzten Freisetzungsggrade keinen Treibstoffbrand berücksichtigen. Nach unwiderlegten worst-case-Abschätzungen des Experten Ch. Küppers vom Öko-Institut Darmstadt müsste der Evakuierungsradius fast ganz Potsdam umfassen und ebenfalls weitaus mehr Menschen in Berlin betreffen.

Damit deckt das BMUB unterlassenes Amtshandeln der atomrechtlichen Aufsichtsbehörde des Landes Berlin.

Das BMUB verhindert bewusst eine reale politische Bewertung der möglichen Folgen einer Kernschmelze auf Grund eines terroristischen Angriffs, eines absichtlichen oder auch zufälligen Flugzeugabsturzes am ältesten und unsichersten Forschungsreaktor Deutschlands, dem BER II. Es scheint Taktik zu sein, dass man die politischen Ebenen (Bund, Land Berlin und Land Brandenburg) im Unklaren lässt. Ziel ist es wahrscheinlich, Entscheidungen aus der Vergangenheit zu decken und nicht weiter in Frage zu stellen. Diese Haltung ist aus Sicht des Anti-Atom-Bündnisses Berlin Potsdam „unterlassenes Amtshandeln“.

Deutscher Bundestag
Petitionsausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Mail-Kopie an:

post.pet@bundestag.de, umweltausschuss@bundestag.de, bildungundforschung@bundestag.de

„Unterlassenes Amtshandeln des BMUB bezüglich des Atomreaktors BER II“

Gemäß 2.1 (3) der Grundsätze des Petitionsausschusses über die Behandlung von Bitten und Beschwerden) wegen unterlassenen Handelns von Behörden, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen sollen, reiche ich im Namen des Anti-Atombündnisses Berlin Potsdam folgende Beschwerde gegen das BMUB an den Petitionsausschuss:

- 1. Die Bundesregierung und das BMUB haben in der Vergangenheit der Sicherheit bezüglich der Forschungsreaktoren viel zu wenig Beachtung zukommen lassen, obwohl diese öffentlich finanziert sind und damit die politische Verantwortung eindeutig beim Bund und den Ländern liegt:**
 - Für Forschungsreaktoren gibt es keine Regelungen zum Atomausstieg.
 - Der erste Auftrag an die RSK zur Durchführung des Stresstests klammerte die Forschungsreaktoren aus.
 - Der Auftrag an die SSK zur Überprüfung der Schutzzonen nahm ebenfalls nur Bezug auf Atomreaktoren in Kernkraftwerken.
 - Der Bericht des BMI zur Risikoanalyse zum Bevölkerungsschutz 2015 kennt keine Forschungsreaktoren.
- 2. Das BMUB vernachlässigt seine Pflicht zur Beaufsichtigung der Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit des Handelns der Länder in Bezug auf den Forschungsreaktor BER II.**

Das BMUB setzt sich nicht dafür ein, dass ein aktuelles Gutachten zu den worst-case-Szenarien einer Kernschmelze am BER II erstellt wird, obwohl bekannt ist, dass

 - die im Gutachten 2001 genutzten Freisetzungsgrade zu unerklärlich niedrig angenommen worden sind und heutigen internationalen Empfehlungen widersprechen und
 - die im Gutachten 2001 genutzten Freisetzungsgrade keinen Treibstoffbrand berücksichtigen.

Damit deckt das BMUB unterlassenes Amtshandeln der atomrechtlichen Aufsichtsbehörde des Landes Berlin.
- 3. Das BMUB verhindert eine reale politische Bewertung der möglichen Folgen einer Kernschmelze am BER II und die Ableitung notwendiger politischer Schritte, da man die politischen Ebenen (Bund, Land Berlin und Land Brandenburg) bewusst im Unklaren über die größt-möglichen Schadensszenarien lässt.** Zudem besteht der Eindruck, dass der Öffentlichkeit verheimlicht werden soll, wie viel von dem hochgiftigen und ansonsten schwer flüchtigen Plutonium im möglichen Fall eines Treibstoffbrandes freigesetzt werden kann.

4. **Das BMUB nimmt im Briefwechsel¹⁾ mit dem Anti-Atombündnis Berlin Potsdam keine Stellung zur Forderung der Überprüfung bestandskräftig genehmigter Atomanlagen auf Grund des Urteils zum Zwischenlager Brunsbüttel.**
5. **Das BMUB nimmt im Briefwechsel mit dem Anti-Atombündnis Berlin Potsdam keine Stellung zu unserer Frage, ob „die Risiken bezüglich eines gerichteten Flugzeugabsturzes bzw. eines Sprengstoffangriffs beim BER II immer noch dem Restrisikos zuordnen“ sind.** Immerhin sieht Brandenburgs Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD) sogar für Brandenburg eine reale Terror-Gefahr (<http://www.presseportal.de/pm/51580/3471285>).
6. **Das BMUB vernachlässigt das Schutzgut „Mensch“ bei seiner Aufsichtspflicht, da der Katastrophenschutzplan für den BER II unzureichend ist.**
Nach unwiderlegten worst-case Abschätzungen des Experten Ch. Küppers vom Öko-Institut Darmstadt müsste der Evakuierungsradius fast ganz Potsdam umfassen und ebenfalls weitaus mehr Menschen in Berlin betreffen.
7. **Das BMUB behandelt die von uns aufgeworfenen Probleme mit dem BER II nicht mit der notwendigen Priorität.**
Anders sind die Reaktionszeiten zwischen unseren Briefen und den Antworten des BMUB nicht zu erklären.

Bitte entnehmen Sie die Hintergründe dem beigegeführten Schriftwechsel. Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Stephan Worsack

1) Anlage: Briefwechsel

Datum Brief	Betreff Hier	Datum Antwort BMUB	Antwortzeit
13.04.2016	Internationaler Terrorismus und die Sicherheit BER II und des Zwischenlagers Wannsee	18.05.2016	35 Tage
30.05.2016	Internationaler Terrorismus und die Sicherheit BER II und des Zwischenlagers Wannsee	07.07.2016	38 Tage
14.07.2016	RS I 3 — 07023 II: Internationaler Terrorismus und die Sicherheit BER II und des Zwischenlagers Wannsee Vierfache Evakuierungszone um den BER II notwendig	20.09.2016	68 Tage
06.10.2016	S I 3 — 07023 II: Internationaler Terrorismus und die Sicherheit BER II und des Zwischenlagers Wannsee Vierfache Evakuierungszone um den BER II notwendig – Ihr Schreiben vom 20.09.2016	Gesetzte Frist 25.10.2016 nicht eingehalten, Auch Nachfrage mit Hinweis auf den Termin nicht beantwortet!	